

---

## Eine exemplarische Fehlentscheidung

Mit Schuljahresende Juli 2019 existiert die Realschule Salem nicht mehr. Die Schließung ihrer Eingangsklassen wurde 2014 im Zusammenspiel ideologischer Bildungspolitik in Stuttgart mit uneinsichtiger Kommunalpolitik im Salemer Rathaus herbeigeführt. Gegen Fakten, Vernunft und Willen einer Mehrheit von über 70% in einem Bürgerentscheid. „Der Scherbenhaufen kann jetzt besichtigt werden“, stellen die Landesvorsitzende des Realschullehrerverbands (RLV) Dr. Karin Broszat und ihre beiden damaligen Mitstreiter, die ehemaligen Landtagsabgeordneten Ulrich Müller (CDU) und Dr. Hans-Peter Wetzel (FDP) übereinstimmend fest.

Warum kam die Salemer Kommunalpolitik auf die gelinde formuliert ungewöhnliche Idee, eine seit Jahrzehnten wohletablierte Realschule ohne Not dicht zu machen? Schlicht deswegen, weil man einerseits sich von einer Gemeinschaftsschule mehr Schüler, in mancherlei Hinsicht mehr Geld und höhere Bildungsabschlüsse (Errichtung einer Oberstufe) versprach und somit andererseits die Konkurrenz der Realschule fürchtete. „Beide pädagogisch unterschiedlichen Schulwege neben- und miteinander durften ausgerechnet für selbsternannte Apologeten von Diversität und Vielfalt nicht zusammenpassen, aber ein freiheitliches Bildungswesen lebt stets vom Wettbewerb, nicht vom Monopol“ meint Dr. H.-P. Wetzel heute.

Die Monopol-GMS hat alle damaligen Ziele und Versprechungen verfehlt. Gingen vor der unsäglichen Debatte jedes Jahr über 100 Schüler in die Klassenstufe 5 der Haupt- und Werkrealschule sowie der Realschule, so sind es jetzt (Stand 2019) nur noch 40 Schüler mit seit Jahren sinkender Tendenz, während benachbarte Realschulen aus allen Nähten platzen. Wegen zurückgegangener Schülerzahlen und weil die Nachbargemeinden den Schulverbund mit Salem seit Errichtung der GMS folgerichtig aufkündigten, gibt es deutlich weniger Geld. Von einer GMS Salem, an der etwa das Abitur abgelegt werden könnte, ist man quantitativ und qualitativ meilenweit entfernt.

„Der klare Bürgerentscheid, der nur deswegen nicht verbindlich wurde, weil er das damalige Quorum knapp verfehlte, hätte der Kommunalpolitik Warnung genug sein müssen, was die Eltern wollen – nämlich eine Realschule, am liebsten vor Ort und mittlerweile eben notgedrungen in den Nachbarorten“ stellt Ulrich Müller fest.

Größe und Ruf des Schulstandorts Salem, immerhin einer Gemeinde mit einem traditionellen Schuleinzugsbereich von 20.000 Einwohnern, haben schwer gelitten. Die GMS konnte nicht einlösen, was die Realschule stets gehalten hatte. „Obwohl für die Pädagogik einer GMS als neuer, quasi heilsbringender Pädagogik seinerzeit gewaltig getrommelt wurde und aktuell die Lehrerversorgung durch Erlass der ehemaligen grünroten Landesregierung nach wie vor deutlich besser ist als an Realschulen und ebenso der Landeszuschuss pro Schüler höher als für andere Schularten ausfällt – es hat als bloße Kosmetik alles nichts genutzt – die Eltern, die Familien haben sich ihr eigenes Urteil gebildet“, stellt Broszat fest

„Ideologie“, so die Bilanz von Müller, Wetzel und Broszat, „scheitert schlussendlich immer an der Realität. Auch dafür stehen die Vorgänge in und um die Errichtung einer GMS bei gleichzeitiger Zerstörung einer Realschule in Salem schmerzhaft exemplarisch.“